

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 111 (2014)
Heft: 2

Artikel: "Wenn die Balance nicht mehr stimmt, müssen wir handeln"
Autor: Fritschi, Michael / Cassis, Ignazio
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-839626>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Wenn die Balance nicht mehr stimmt, müssen wir handeln»

Ignazio Cassis, Vizepräsident der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, blickt im ZESO-Interview aus bürgerlichem Blickwinkel auf aktuelle sozialpolitische Fragen. Er warnt davor, die Stimmung in der Bevölkerung zu ignorieren, weil dies die Bereitschaft, gesellschaftliche Aufgaben solidarisch zu tragen, untergraben könnte.

Nach der klaren Annahme der Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» im Kanton Tessin weiss die ganze Schweiz, das Tessin hat ein Tieflohnproblem. Welche sozialen Probleme sind damit verbunden?

Ignazio Cassis: Italien und insbesondere die Lombardei sind von einer massiven Wirtschaftskrise betroffen. Die Arbeitslosenquote bei den Jungen beträgt 30 bis 40 Prozent. Hinzu kommt, dass viele Firmen wegen der hohen Steuerbelastung und den administrativen Hürden von Italien ins Tessin gezogen sind. Dies und das für italienische Arbeitnehmer sehr günstige Steuerabkommen von 1974 haben im Tessin zu Lohndumping geführt. Einheimische Arbeitskräfte werden verdrängt und an ihrer Stelle werden italienische Arbeitskräfte zu billigeren Löhnen angestellt.

Wie wirkt sich das auf die Sozialpolitik des Kantons Tessin aus?

Das Problem trifft neu die Finanz- und Dienstleistungsbranche und weniger Branchen wie das Gastgewerbe, den Bausektor oder das Gesundheitswesen, in denen traditionell viele Ausländer beschäftigt sind. Eine junge Tessiner kaufmännische Angestellte findet keinen Arbeitsplatz mehr, weil an ihrer Stelle auch eine italienische Akademikerin angestellt werden kann, die, obschon sie höher qualifiziert ist, bereit ist, für 3200 Franken zu arbeiten. Die Quote der Tessiner Arbeitslosen steigt und mit ihr die Sozialkosten und der Unmut der Bevölkerung. Es handelt sich um ein internationales Wirtschaftsproblem, von dessen Auswirkungen das Tessin besonders stark betroffen ist.

Hätte ein gesetzlich vorgeschriebener Mindestlohn geholfen, die Situation zu entschärfen?

Nein. Ein Mindestlohn bringt uns nicht weiter, er würde nur zusätzliche Probleme schaffen. Wenn ein KMU mit Löhnen zwischen 2000 und 3000 Franken heute gerade existieren kann, dann wird es nicht plötzlich Löhne von 4000 Franken zahlen können. Wenn ein Mindestlohn eingeführt wurde, müssten viele Unternehmen schliessen. Zudem haben beim derzeitigen Lohnniveau auch wenig qualifizierte Personen noch Chancen auf eine Stelle und können so auf eigenen Beinen stehen, ohne von der Sozialhilfe abhängig zu sein. Wenn ihre Arbeitsmöglichkeiten verschwinden, entsteht ein neues Problem. Schliesslich hätte ein Mindestlohn im Tessin eine zusätzliche Sogwirkung auf die Grenzgänger.

Welche anderen sozialen Themen beschäftigen die Leute im Tessin?

Wir Tessiner erleben zurzeit eine schwierige Situation. Der Arbeitsmarkt steht unter Druck, die Migration wird als Bedrohung empfunden und wir fühlen uns von Bundesbern vernachlässigt. Das Vertrauen in das Establishment – Wirtschaft, Staat und Politik – ist gering. Diese soziale Unruhe wird parteipolitisch ausgenutzt und isolatonistische und nationalistische Züge finden Mehrheiten. Rational zu argumentieren ist heikel und unpopulär, zudem fehlt es an mutigen Politikern. Eine derart schwierige und konfuse Zeit habe ich bis anhin in meinem Kanton noch nicht erlebt.

Welche Herausforderungen stellen die Flüchtlingsströme an Behörden und Bevölkerung?

Vor zwei Jahren hatten wir ein riesenproblem mit Asylbewerbern in Chiasso. Ihr Anteil an der Bevölkerung hatte ein unerträgliches Mass erreicht, und das ist Gift für den gesellschaftlichen Zusammen-

halt. Mit der neuen Asylkoordination des Bundes ist nun Bewegung in die Sache gekommen, auch wenn das Problem noch nicht wirklich gelöst ist.

Wie ist die Stimmung gegenüber der Sozialhilfe im Kanton Tessin?

Die Sozialhilfe wird als etwas wahrgenommen, das viel mit Ausländern zu tun hat, auch weil deren Anteil unter den Sozialhilfebeziehenden rasant zugenommen hat. Gefühlsmässig zocken die Ausländer die Sozialhilfe ab. Was mir auch immer wieder zugetragen wird, ist die Wahrnehmung, dass die Sozialhilfe nicht mehr wie ursprünglich bei vorübergehenden Notlagen zur Anwendung kommt, sondern als stabile Einnahmequelle, um andere Problemsituationen aufzufangen.

Wie denken Sie darüber?

Wir beobachten auf der einen Seite Schweizer, die verarmen, und auf der anderen Seite eine falschverstandene Grosszügigkeit, insbesondere gegenüber «Profiteuren» und Migrantinnen. Ein Sozialhilfebezüger mag das anders sehen. Er will mehr als nur eine Überlebenshilfe. Als Liberaler geht mir diese Haltung zu weit. Die Sozialhilfe ist nicht dafür da, den Leuten ihr normales Einkommen zu ersetzen. Hier spüre ich ein grosses Spannungsfeld.

Wie beurteilen Sie die Debatte über die Sozialhilfe in den Medien und die Forderung nach Kürzungen bei der Unterstützung?

Sie ist begründet und muss ernst genommen werden. Wenn es uns nicht gelingt, den Puls der Bevölkerung zu fühlen und deren Anliegen aufzunehmen, dann kommt es in unserem direktdemokratischen System zu Entscheidungen mit «historischem Charakter», wie bei der Massen-



Bilder: Béatrice Devènes

einwanderungsinitiative vom 9. Februar. Wenn Familien sich angewöhnen, mit Sozialhilfe so zu leben wie andere Familien, die arbeiten müssen, und jene sehen, dass die anderen, die nicht arbeiten, mit dem gleichen materiellen Reichtum leben dürfen, dann stimmt etwas nicht. Die Solidarität in der Bevölkerung wird untergraben, weil das als ungerecht empfunden wird. Arbeiten muss sich immer lohnen! Unter dem Aspekt ist die Sozialhilfe reformbedürftig.

Was wäre Ihre Lösung?

Wir müssen das Problem flexibel und tabulos angehen. In der Zeit des ungebremsten Wirtschaftswachstums konnten wir die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe ausbauen. Jetzt, wo die Perspektiven nicht mehr so gut sind, müssen wir gewisse Leistungen abbauen und auf das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben achten. Das Verhältnis zwischen Nehmer und Geber darf eine gewisse Quote nicht überschreiten, sonst weigern sich

«Die Sozialhilfe wird als etwas wahrgenommen, das viel mit Ausländern zu tun hat.»

die Geber, zu geben. Natürlich gehen einzelne Kürzungsforderungen zu weit, aber die Anpassung der Sozialwerke an die Konjunktur als Sozialabbau oder Verstoß gegen die Menschenrechte zu disqualifizieren ist reine Propaganda. Wenn die Balance nicht mehr stimmt, dann müssen wir verantwortungsvoll handeln, auch wenn es unpopulär ist.

Die Sozialhilfe und die Gesundheitsbranche werden wegen steigender Kosten kritisiert. Wie beurteilen Sie als Präsident des neuen Krankenversicherer-Verbands Curafutura das Image der Krankenkassen, das wie bei der Sozialhilfe von einer Kostendiskussion mitbestimmt wird?

Ein grosser Teil dieses Unmuts ist selbstverschuldet, etwas mehr Psychologie in Umgang mit Versicherten, Behörden und Politik hätte sicher nicht geschadet. Aber die Ressourcen sind im Gegensatz zu den Bedürfnissen der Patienten nicht unendlich. Als Arzt, ehemaliger FMH-Vizepräsident und Präsident des Verbands der Schweizer Pflegeinstitutionen, Curativa, war ich mein Leben lang auf der Leis- →

→ tungserbringerseite und ich habe in jener Funktion die Kassen häufig kritisiert. Vor einem Jahr haben sich vier grosse Krankenversicherer von Santésuisse abgewendet, weil sie eine neue Politik wollen. Ich versuche als Präsident von Curafutura meinen Beitrag zur Verbesserung des Systems zu leisten.

Was unternehmen Sie gegen das Imageproblem?

Meine Lösung für die Imageverbesserung zielt auf mehr gesellschaftliches Engagement und eine offene Kommunikation. Ich möchte, dass die Versicherer in ihrer gesetzlichen Funktion als Treuhänder der Versicherten so auch wahrgenommen werden, und dass sie in einem konstruktiven und vertrauensvollen Klima mit den Leistungserbringern Verträge abschliessen. Die Gesellschaft sollte andererseits vermehrt den Nutzen von medizinischen Leistungen hinterfragen. Man

muss den Versicherten die Wahl geben, ob sie auf gewisse «Pseudo-Fortschritte» verzichten wollen.

Wie beurteilen Sie die Chancengleichheit in Bezug auf Gesundheitsleistungen in der Schweiz?

Das ist kein Problem. Alle haben einen gesicherten Zugang zum Gesundheitswesen. Jenen, die für Leistungen nicht zahlen können, wird geholfen. Die Summe der Prämienverbilligungen beträgt rund 4 Milliarden Franken. 30 bis 40 Prozent der Haushalte werden damit unterstützt.

«Es gibt Probleme, die man dezentralisiert lösen muss.»

Viele Armutsbetroffene wählen die höchste Franchise, und wenn sie ernsthaft krank werden, fehlt ihnen das nötige Geld, eine teure Behandlung finanzieren zu können. Andere landen auf schwarzen Listen der Krankenkassen.

Auf schwarze Listen kommen nur diejenigen, die nicht zahlen, obschon sie zahlen könnten, die Trittbrettfahrer. Arme Menschen zahlen die Prämien nicht selbst, deshalb brauchen sie auch keine höhere Franchise zu wählen. Terre des Hommes hat vor einigen Jahren eine Studie durchgeführt und ist der Frage nachgegangen, ob es in der Schweiz indiziert sei, ähnlich wie in anderen Ländern, Ambulatorien zur Betreuung der Ärmsten einzurichten. Es zeigte sich, dass dies nicht nötig ist, weil die Leute in der Schweiz eben Zugang haben zum Gesundheitssystem, egal wie arm oder reich sie sind.



Was halten Sie von der Idee, Zahnarztbehandlungen in die Grundversicherung aufzunehmen, was den weniger Vermögenden entgehen würde?

Ich bin dagegen. Unser System funktioniert gut. Die Schweiz hat international gesehen eine sehr gute orale Gesundheit: Das gewünschte Resultat ist also erreicht. Für die Zahngesundheit von ärmeren Kindern und Jugendlichen gibt es immer noch die zahnmedizinische Unterstützung durch die Gemeinden.

Es gibt ältere Menschen, die beispielsweise eine «Zahnsanierung» nötig haben und sie nicht bezahlen können.

Aus meiner Zeit als Kantonsarzt kenne ich solche seltenen Fälle. Ich versuchte jeweils situativ zu entscheiden. Wenn es funktional notwendig ist, beispielsweise um normal essen zu können, dann soll die Sozialhilfe solche Beträge übernehmen.

Aber klar, es stellt sich auch hier immer die Frage, wie weit man gehen will.

Sie lehnen die Einführung einer Einheitskrankenkasse ab. Unter welchen Rahmenbedingungen könnte eine Einheitskrankenkasse trotzdem sinnvoll sein?

Wenn unser Gesundheitssystem einmal derart schlecht wird, dass wir für eine Behandlung lieber ins Ausland gehen, dann bräuchten wir einen Systemwechsel. Wenn wir aber heute einen Systemwechsel vornehmen, ist mir die Begründung nicht ganz klar, zumal selbst die Befürworter nicht mit einer Prämienreduktion rechnen. Wir wissen, was wir haben, wir wissen aber nicht, was mit einer Einheitskasse auf uns zukommt. In Frankreich und in Österreich sehen wir eher abschreckende Beispiele. Da müssen Sie nur einmal mit den Betroffenen sprechen. Wir kennen auch keine Wartelisten in der Schweiz. Doch natürlich gibt

es auch bei uns Verbesserungspotenzial. Im Parlament haben wir eben erst mit der Verfeinerung des Risikoausgleichs einen bahnbrechenden Entscheid getroffen. Die Krankenkassen müssen ihre Geschäftsmodelle nun grundlegend ändern, weil es sich für sie nicht mehr lohnt, möglichst viele günstige Risiken unter den Kunden zu haben. Sie profitieren in Zukunft mehr, wenn sie kostenintensive Versicherte betreuen. Fehler muss man en cours de route korrigieren, aber wir sollten nicht das ganze bewährte System über Bord werfen.

Das Tessin kennt seit vielen Jahren Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen. Wie beurteilen Sie dieses Modell?

Das hat sich gut bewährt. Wir hatten zuvor ein sehr fragmentiertes System, dessen Schnittstellen und die Diskussionen, wer welche Leistungen übernehmen sollte, enorm aufwändig waren. Der damalige Regierungsrat hat dann einen viel einfacheren Ansatz gewählt. Seither müssen sich unterstützte Familien nicht mehr an verschiedene Schalter wenden. Was wir mit der finanziellen Entlastung der Familien nicht erreichen konnten ist eine Steigerung der Geburtenrate... das hat leider nicht funktioniert.

Aus Sicht der Sozialhilfe sind solche Modelle sinnvoll, und sie tragen erst noch zur Entlastung der Sozialhilfe bei. Können Sie sich vorstellen, dass der Freisinn solche Familien-EL-Projekte auch in anderen Kantonen unterstützen würde?

Grundsätzlich schon. Die SP hat ja versucht, das Modell auf Bundesebene durchzusetzen. Da war ich dagegen, weil das einen Eingriff in den Föderalismus darstellt. Es gibt Probleme, die muss man dezentralisiert lösen, um wirksame und zweckmässige Lösungen zu finden. So funktioniert nun einmal die Schweiz. Ich könnte mir aber durchaus vorstellen, dass insbesondere in der französischsprachigen Schweiz auch der Freisinn diesem Ansatz zustimmen könnte. In der Ostschweiz mag die Lage anders sein. Die Bevölkerung glaubt dort weniger an die Allmacht des Staates und stellt den freien und verantwortlichen Menschen mehr ins Zentrum der Gesellschaft. Appenzell ist nicht gleich Genf! ■

Das Gespräch führte
Michael Fritschi



IGNAZIO CASSIS

Ignazio Cassis (53) ist Arzt und freisinnig-liberaler Vizepräsident der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Als Präsident der Verbände Curaviva Schweiz (Verband Heime und Institutionen Schweiz) und Curafutura («die innovativen Krankenversicherer») sowie der Stiftung Radix vertritt er sowohl Interessen von Leistungserbringern im Gesundheitsbereich wie auch von Krankenversicherern. Ignazio Cassis war Tessiner Kantonsarzt (1996-2008) und unter anderem Präsident von Public Health Schweiz (2001-2009), Mitglied der Expertenkommission «Prävention und Gesundheitsförderung» (2005-2007) und Vizepräsident der Ärztevereinigung FMH (2008-2012). Ignazio Cassis lebt in Montagnola und ist verheiratet.

